

28.11.2023

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/6806

2. Lesung

Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung

Titel 684 22 Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Erhöhung des Baransatzes

HH 2024

Ansatz lt. HH 2023

von 3.601.000 Euro
um 400.000 Euro
auf 4.001.000 Euro

3.601.000 Euro

Begründung

Gemäß aktuellen Umfragen¹ offenbart sich eine kritische Wahrnehmung der Demokratie in unserem Land. Immer mehr Deutsche teilen laut einer Studie² rechtsextreme Einstellungen. Der Anteil der Menschen, die ein rechtsextremes Weltbild teilen, hat sich im Vergleich zu den Vorjahren praktisch verdreifacht.

Auch die Zahl politisch motivierter Straftaten im rechten Spektrum nimmt zu. Besorgniserregende Zahlen aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2022 untermauern dies: Mit insgesamt 3.453 politisch motivierten Straftaten rechts verzeichnete man einen Anstieg um 318 Delikte oder 10,14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, in dem 3.135 Fälle registriert wurden.

Insbesondere die Beratungsstellen verzeichnen einen Anstieg rechtsmotivierter Gewalt um knapp 8,5 Prozent.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die Erhöhung der Finanzmittel für Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus als unabdingbar. Nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln kann schnell und niedrighschwellig auf den aktuell gestiegenen Interventionsbedarf reagiert werden. Die Beratungsstellen sind wesentliche Bausteine, um der Herausforderung rechtsradikaler Radikalisierungsprozesse und Gewalt kompetent zu begegnen.

Henning Höhne
Marcel Hafke

und Fraktion

¹ <https://koerber-stiftung.de/projekte/staerkung-der-demokratie/vertrauensverlust-in-die-demokratie/>.

² <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>.